

**Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration**  
(108. - öffentliche - Sitzung am 3. November 2016)

**Beratungsthemen:**

1. **UN-Behindertenrechtskonvention endlich umsetzen - niedersächsischen Aktionsplan jetzt verabschieden und NBGG anpassen!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/6243](#)

**hier:** Stellungnahmen der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen in Niedersachsen sowie des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

*Der Ausschuss nahm die Stellungnahmen entgegen und führte darüber eine Aussprache. Die abschließende Behandlung des Antrags stellte er zurück.*

2. **Kinderarmut strukturell entgegenwirken: Familienleistungen reformieren und Teilhabe sicherstellen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/6246](#)

*Der Ausschuss führte zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört wurden:*

- Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG FW)
- SoVD-Landesverband Niedersachsen e. V.
- DGB Landesverband Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt
- Landesamt für Statistik Niedersachsen
- Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände in Niedersachsen
- Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Landesverband Niedersachsen e. V.
- Deutsches Kinderhilfswerk e. V.
- Bertelsmann-Stiftung

3. **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über Schulen für Gesundheitsfachberufe und Einrichtungen für die praktische Ausbildung (NSchGesG)**

Gesetzesentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/6388](#)

*Der Ausschuss schloss die Mitberatung ohne ein Votum ab. Sofern der federführende Kultusausschuss eine tiefergehende Mitberatung einzelner Punkte des Gesetzesentwurfs für erforderlich hält, bittet der Ausschuss, zuvor die entsprechenden Punkte des Gesetzesentwurfs zu spezifizieren.*

4. **Bundesteilhabegesetz zum Fortschritt für Menschen mit Behinderungen machen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/6406](#)

**dazu:** Eingabe 2982 sowie 1 Folgesatz

*Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen - bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP - empfahl er dem Landtag, den Antrag in der Fassung des Änderungsvorschlags der Fraktionen der SPD und der Grünen vom 27.10.2016 (Vorlage 3) anzunehmen.*

5. **Unterrichtungswunsch**

*Der Ausschuss bat die Landesregierung um eine Unterrichtung über den aktuellen Stand der Pädophilen-Projekte an der Medizinischen Hochschule Hannover und Universitätsmedizin Göttingen sowie des Präventionsprojekts gegen Vergewaltigungen an der Medizinischen Hochschule Hannover.*